

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

**– Drucksachen 17/3051, 17/3409, 17/3453 –**

### **Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 1 Nummer 5 wird die Anlage 3 (zu § 7 Absatz 1a) wie folgt geändert:

1. In der Position „Emsland“ wird in Spalte 4 die Angabe „142,328“ durch die Angabe „0“ ersetzt.
2. In der Position „Gesamtsumme“ wird in Spalte 4 die Angabe „1 804,278“ gestrichen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

#### **Begründung**

Der Änderungsantrag bietet jedem Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Möglichkeit, Stellung zur Laufzeitverlängerung des Atomkraftwerks (AKW) Emsland zu beziehen. Dies gilt insbesondere für Abgeordnete, in deren Wahlkreis dieses Atomkraftwerk liegt.

Das AKW Emsland ist ein Druckwasserreaktor der vierten Generation („Konvoi“), der als vergleichsweise sicher gilt. Tatsächlich weist er aber trotz des relativ geringen Alters seit Inbetriebnahme rund 120 meldepflichtige Ereignisse auf, das entspricht fünf Zwischenfälle pro Jahr.

Der Reaktor würde dem Absturz einer Militärmaschine des Typs „Phantom“ Stand halten. Schwerere Maschinen würden aber im Falle eines Absturzes eine Katastrophe auslösen.

Im Dezember 2002 wurde das Standortzwischenlager Lingen (SZL) in Betrieb genommen. Es war das bundesweit erste Zwischenlager für radioaktive Abfälle auf dem Gelände eines AKW. Die genehmigte Kapazität von 1 250 Tonnen Atommüll wird nicht ausreichen, um durch eine Laufzeitverlängerung verursachten zusätzlich Müllmengen aufzunehmen. Es müsste also erweitert werden, was zusätzliche Auseinandersetzungen in der Region erwarten lässt und weitere Risiken mit sich bringt.

Vorgesehen ist die Abschaltung des Reaktors im Jahr 2020. Bis dahin wird es in der Region ausreichend Strom aus Wind und anderen erneuerbaren Quellen geben, um den Wegfall des Reaktors zu kompensieren.

Eine Verlängerung der Laufzeit steht dieser klimapolitisch erforderlichen Entwicklung im Wege und bringt zudem zusätzliche Risiken für die Menschen in der Region.